

# Begründete Zweifel

Die Lehrerkammer hat sich mit dem Schulentwicklungsplan für die Berufsbildenden Schulen beschäftigt. Im Kern geht es darum, aus bisher 44 dann 31 berufsbildende Schulen zu machen. Wir dokumentieren Auszüge aus der Stellungnahme.

Eine Auswertung von über 30 Stellungnahmen, die der Lehrerkammer bis Anfang Oktober vorlagen, hat ergeben, dass bei einem Drittel grundsätzliche Bedenken gegen die Umsetzung der Planung bestehen. Das spricht nicht für einen breiten konsensorientierten Diskussionsprozess. Der Lehrerkammer wird nicht deutlich, wie die große Anzahl der zum Teil erheblichen Einwände der Schulen gegen den Referentenentwurf innerhalb eines kurzen Zeitraumes Berücksichtigung finden soll.

Die Lehrerkammer hat deshalb begründete Zweifel, dass ein breiter Diskussionsprozess in den Lehrerkollegien im Vorwege stattgefunden hat. Darauf weist die geringe Anzahl an Stellungnahmen durch Lehrerkonferenzen hin. Beispielsweise gibt es Schulen, die das Thema SEPL noch nicht auf einer Lehrerkonferenz behandelt haben. Erst jetzt, Mitte Oktober, werden nach und nach erste Stellungnahmen von Lehrerkonferenzen abgegeben.

Wer die Beschäftigten bei einem Entwicklungsprozess mitnehmen will, muss sie wirklich einbinden und nicht den formal kürzesten und schnellsten Weg suchen.

Die Schulen, die vor einer Fusion stehen, befinden sich zwar in diesem Punkt in einem Diskussionsprozess. Im besten Falle wird die geplante Fusion auch vom Kollegium im Grundsatz angestrebt. Entscheidend wird aber die Frage sein, wie die BSB bzw. das HIBB mit den Schulen umgeht, die der ihr zugeordneten Fusion nicht oder noch

nicht zustimmen können. **Eine Fusion sollte nach Meinung der Lehrerkammer nur mit der Zustimmung der jeweiligen Lehrerkonferenz und Schulkonferenz erfolgen.**

Der Lehrerkammer scheint die Frist zwischen der Abgabe der schulischen Stellungnahmen und der Beschlussfassung durch die Deputation zu knapp.

**Deshalb schlägt die Lehrerkammer vor, dem HIBB und den Schulen Zeit für diesen Prozess zu geben und die Planung erst dann den Kammern und der Deputation zur Beschlussfassung vorzulegen.**

## Zu wenig Ressourcen

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Stellungnahmen vieler Schulen die ungeklärte Frage, woher die notwendigen Ressourcen zur Umsetzung der Planungen kommen sollen.

Das ist möglicherweise eine durch die bisherigen Erfahrungen zu erklärende Skepsis, was die notwendigen Zubau-Maßnahmen angeht. Schließlich ist es nicht mit der HIBB-Tranche getan.

Völlig ungeklärt ist, wie der hohen Mehrbelastung der Beschäftigten, die im Zusammenhang mit der Durchführung der Schulentwicklung steht, Rechnung getragen werden soll. Der SEPL macht nicht einmal der Versuch, das Volumen der dafür nötigen Arbeitszeitressourcen zu ermitteln. Die halbe Stelle, um die die Mittel für langfristige Vertretung (VOrM-Mittel) der Schulen

jeweils pauschal und unabhängig von ihrer Größe aufgestockt werden soll, sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein und geht nach Ansicht der Lehrerkammer nicht auf eine Analyse des tatsächlichen benötigten Arbeitszeitvolumens zurück.

## Ungeklärte Fragen

- Wie wird die neue Schulleitung bei fusionierten Schulen ermittelt? Die Bemerkung im Referentenentwurf, dass zwei Schulleitungen für eine gewisse Zeit parallel existieren können, verwirrt mehr, als dass sie Klarheit schafft.
- Wie und wann werden die neuen Personalräte gebildet?

Die Lehrerkammer empfiehlt mehr Information und Transparenz in diesen Fragen.



## Schule als Mittelständisches Unternehmen

Die Lehrerkammer befürchtet, dass in Zukunft an den beruflichen Schulen wirtschaftliche Effizienz vor Pädagogik rangieren wird. Anlass zu dieser Befürchtung sind die Ausführungen auf S. 14 des Referentenentwurfs, in dem die berufsbildenden Schulen mit mittelständischen Betrieben verglichen werden, die im Gegensatz zu Schulen gewinnorientiert arbeiten.

Aus Schülerinnen und Schülern werden kennzahlgesteuerte Objekte, die den „Schülerumsatz“ ausmachen. Vor diesem Hintergrund ist die Einführung von Verwaltungsleitern, so wie in der Vorlage vorgeschlagen, kritisch zu sehen.

Ein klares Bekenntnis zum Primat der Pädagogik und einer guten Ausbildung fehlt. Die Verwaltungsleiter sollen weisungsbefugt sein.

## Die trügerische Hoffnung auf den demografischen Wandel

Die Schulentwicklungsplanung geht von einem Abbau der „Warteschleifen“ aus. Natürlich würde es die Lehrerkammer begrüßen, wenn Warteschleifen überflüssig würden.

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass diese (potentielle) Schülergruppe nach ihrem Abschluss an einer allgemeinbildenden Schule einen vollqualifizierenden beruflichen Ausbildungsplatz finden. Eine solche Entwicklung zeichnet sich trotz Fachkräftemangel aber nicht ab. Nur 24% der Schulabgänger, die nach der 9. und 10. Klasse die SEK I einer weiterführenden Schule verlassen haben, fanden 2012 einen betrieblichen oder vollqualifizierenden schulischen Ausbildungsplatz. Es ist für die Lehrerkammer nicht erkennbar, dass sich an diesem Einstellungsverhalten der Betriebe etwas ändert. Die Zahlen der Schulabgänger in Hamburger Umland sinken zwar, die der Hamburger aber steigen. Unter dem Strich werden 2020 nach Prognosen der Schulbehörde sogar fast 700 Schülerinnen und Schüler mehr auf den Ausbildungsmarkt drängen. Die Hoffnung, dass sich die Ausbildungssituation in Hamburg durch den demographischen Wandel von selbst verbessert, teilt die Lehrerkammer nicht. In dieser Situation sollten nach Meinung der Lehrerkammer eher vollqualifizierende Ausbildungsgänge ausgebaut werden, wenn das Ziel, die Anzahl junger Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung deutlich zu erhöhen, kein Lippenbekenntnis bleiben soll. Der Referentenentwurf sieht im Gegensatz dazu den Abbau teilqualifizierender Ausbildungsplätze vor („Warteschleifen“) ohne dieser Gruppe eine realistische Alternative bieten zu können.

## Inklusion Fehlanzeige

Schülerinnen und Schüler mit besonderem und sonderpädagogischem Förderbedarf haben, ebenso

wie jene ohne Handicap, nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schulen ein Recht auf Unterricht an beruflichen Schulen.

Ein eigenes Kapitel zu diesem Thema ist im Referentenentwurf nicht vorhanden. Es entsteht der Eindruck, dass Inklusion die angestrebte einseitige Ausrichtung des mittelständischen Betriebs „Schule“ auf das reibungslose Erzeugen von „Schülerumsätzen“ stören könnte.

Vor diesem Hintergrund kritisiert die Lehrerkammer die geringe Flexibilität des HIBB, wenn es um Alternativvorschläge geht, beispielsweise bei der Beruflichen Schule Uferstraße (W2), die auf eine langjährige Erfahrung aufbauen und echte Erfolge im Bereich der Integration und beruflichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung aufweisen kann. Diese Schule hat einen Alternativvorschlag zum Referentenentwurf erarbeitet und die Lehrerkammer erwartet, dass auf dieser Grundlage eine einvernehmliche Lösung gefunden wird, zumal sowohl die W2 als auch die benachbarte Schule FSP1 den Forderungen des SEPL gemäß ausreichend hohe Schülerzahlen aufweisen. Die Lehrerkammer befürchtet, dass mit der Umsetzung des SEPL ohne ein bestehendes Inklusionskonzept das bisher vorhandene Potential für Inklusion verloren geht.

Das Verfahren, die Schulentwicklungsplanung (auf Jahre hinaus) ohne Inklusion durchzuführen, um dann später vielleicht nachzusteuern, lehnt die Lehrerkammer ab. Nach Meinung der Lehrerkammer sollten Schulentwicklungsplanungen in Hamburg in Zukunft immer deutliche Aussagen über die Umsetzung der Inklusion enthalten.

## Weniger Standorte und weniger Pädagogik gleich mehr Effizienz ?

Der vorliegende Entwurf weist keinerlei Wege zu einer verbesserten Qualität von Unterricht auf, er lässt die Erkenntnisse der Berufsforschung vermissen und lässt viele Fragen zur strategischen Personalplanung offen.

Die nächste Fassung des SEPL sollte auch die Weiterentwicklung der beruflichen Qualifizierung von Menschen mit Behinderung bzw. sonderpädagogischem Förderbedarf als eigenständiges Thema aufnehmen.

**Die Lehrerkammer schlägt vor, mit mehr Transparenz und unter intensiver Beteiligung der Lehrerschaft im Frühjahr 2014 einen neuen Referentenentwurf mit mehr pädagogischer Substanz vorzulegen, der dann auch den Titel Schul'entwicklung' rechtfertigt.**

Die vollständige Stellungnahme der Lehrerkammer findet sich hier:

<http://www.lehrerkammer.hamburg.de/index.php/file/download/393>

# Zerschlagt unsere Schule nicht!

Stellungnahme des Schülerrats der Beruflichen Schule Uferstraße (W2) zum Schulentwicklungsplan

Sehr geehrte Damen und Herren,

**wir, die Schulsprecher der Beruflichen Schule Uferstraße (W2), sind mit den Plänen des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung (HIBB) zu den Veränderungen im Rahmen des Schulentwicklungsplans (SEPL) nicht einverstanden.**

Unter Annahme des sogenannten Fachberufsschulprinzips, welcher vorsieht, dass...

- die Haus- und Familienpflege mittelfristig an die W1 abgegeben wird,
- die Hauswirtschaft (dual und schulisch) **ohne** die Fachpraktiker Hauswirtschaft mittelfristig an die G3 abgegeben wird,
- unsere Schule (W2) mittelfristig mit der Fachschule Sozialpädagogik 1 (FSP1) fusionieren wird,
- die G3 den größten Teil ihrer Fachoberschule an den entstehenden Sozialpädagogik-Standort abgegeben wird,
- der bisher nur privat ausgebildete Heilerzieher auch an dem entstehenden Sozialpädagogik-Standort angeboten wird,

... wird unsere Schule **zerschlagen!**

Die Zerschlagung unserer Schule (W2) und des damit verbundenen und entstandenen Zusammenhaltes der Schülerschaft, würde ein nicht zu füllendes Loch entstehen lassen. Unsere Schule (W2) ist in ihrer Konzeption einzigartig.

Die Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf sind in dem SEPL nicht mit berücksichtigt worden.

Und dadurch wird die Zusammenarbeit von Menschen mit und ohne Förderbedarf unterbunden. In vielen Projekten, wie z.B. Caterings, Sport, Kunst, Nahrungszubereitung, Serviceunterricht, Gartenbau oder AGs, konnten wir bereits miteinander und voneinander lernen.

Außerdem wurde im Rahmen der intensiven und inklusiven Zusammenarbeit von allen Schüler\_innen die gesamte Gemeinschaftspflege beider Schulen ( W2/ FSP1) gewährleistet.

Zudem wird für Schülerinnen und Schüler der W2 die Durchlässigkeit in allen Bildungsgängen unterbunden.

**Hinzu kommt, dass Steuergelder unnötig verpulvert werden(!)**, indem man Küchen aus einer Schule herausreißt (eine Küche ca. 70.000€), vernichtet und im gleichen Atemzug neue Küchen kauft, um diese in einer anderen Schule aufzubauen.

An unserer Schule ist alles vorhanden, was an den möglichen neuen Standorten nicht gegeben ist. Wir haben Küchen, was bedeutet: nichts müsste neu angeschafft werden.

Alle Schülerinnen und Schüler kommen miteinander klar, lernen miteinander, kennen und respektieren sich.

Was die Schule außerdem besonders macht, ist ein inklusiver Schülerrat. Hier werden von allen Schüler\_innen gemeinsame Entscheidungen für die Schule getroffen und umgesetzt.

Von offizieller Seite liegt uns kein lernpädagogisch vernünftiges oder berufsförderndes Argument vor, welches diese Zerschlagungsmaßnahmen sinnvoll und gerechtfertigt erscheinen lässt. Wir wollen, dass die Schule so, wie sie jetzt besteht, bleibt!!!

Mit freundlichen Grüßen,

DER SCHÜLERRAT DER W2





Foto: Heidi Grel

## INKLUSION

# Gemeinsam wohnen und arbeiten

20 Jahre Werkstadthaus in der Holstenstraße.  
Ein Symposium anlässlich des Jubiläums

Am 20.09.2013 konnte das *Werkstadthaus Hamburg* in der Holstenstraße sein 20jähriges Jubiläum feiern. Gegründet wurde es vom Verein „*Werkstadthaus Hamburg, gemeinsames Wohnen und Arbeiten behinderter Bürger e.V.*“. Zum *Werkstadthaus Hamburg* gehört eine Wohngruppe, eine Tagesförderstätte und das *Stadthaushotel*. Hier arbeiten noch heute die jungen Menschen mit geistiger Behinderung, die in der Beruflichen Schule Uferstraße Anfang der 90er Jahre für diese Tätigkeit qualifiziert worden sind. Vor der Feier fand am Vormittag ein Symposium zum Thema „*Integration und Inklusion in der Ausbildung und Arbeitsteilnahme von Menschen mit geistiger Behinderung in Hotels und ähnlichen Arbeitsmöglichkeiten*“ statt. Experten aus verschiedenen Bereichen diskutierten ihre Erfahrungen. Vertreten waren „Gründungseltern“, u.a. das Ehepaar Born, die für die Ausbildung verantwortliche Berufliche Schule Uferstraße, der jetzige Träger des Stadthaushotels „*Jugend hilft Jugend*“, das integrative Unternehmen *Embrace Hotels*, die Hamburger Po-

litiker Sören Tomasek und Dr. Bartke sowie weitere Institutionen, wie z.B. der Verein *Leben mit Behinderung in Hamburg und die Lebenshilfe*.

Prof. Dr. Harm Paschen (Hochschullehrer und ein „Gründungsvater“ des Werkstadthauses) führte mit einem Kurzreferat in das Thema ein. Anschließend diskutierten die Teilnehmer\_innen ihre Fragen und Erfahrungen zum Thema Integration und Inklusion. Die folgenden Aspekte und Positionen wurden besonders intensiv diskutiert und sollen hier kurz dargestellt werden:

- Die umkämpften Veränderungen von Integration zu Inklusion müssen Wahlmöglichkeiten für individuelle, dem Kindeswohl folgende Entscheidungen zulassen. Neben der Inklusion als einzelner Mensch mit Handicap muss das Lernen und Arbeiten in der Peergroup als Wahlmöglichkeit erhalten bleiben. Das Recht auf Teilha-

be darf nicht zwangsläufig zur Pflicht erklärt werden.

- Bei der Umsetzung des Ziels „Inklusion“ muss die Gesellschaft „mitgenommen“ werden. Das beinhaltet ein schrittweises Umsetzen der Inklusion. Dabei müssen die vorliegenden positiven Erfahrungen erfolgreicher Initiativen und Konzepte, wie z.B. die *Embrace-Hotels* oder das Konzept der *Beruflichen Schule Uferstraße*, erhalten, genutzt und weiterentwickelt werden.

- Die aufgrund knapper Ressourcen zu beobachtenden Einschränkungen bei der Unterstützung der Menschen mit Handicap sollten ehrlich benannt werden und nicht als Ideal von Inklusion verschleiert werden.

Am Nachmittag wurde dann die erfolgreiche Arbeit des Stadthaushotels mit zahlreichen weiteren Gästen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft gefeiert. Als

Vertreter des HIBB waren Frau Skolaja und Herr Helfbernd anwesend. Wir hoffen, dass wir darin ein positives Zeichen für das Weiterbestehen der Beruflichen Schule Uferstraße sehen können.

HERMA KINDT, ehemalige Kollegin der W2 und als Abteilungsleiterin zuständig für diese Lerngruppe,  
MARIA MIELKE, ehemalige Schulleiterin der W2

